Auszug aus Wurzelwerk bei Context XXI

(http://contextxxi.org/chemie-ist-in-verruf-geraten-die.html)

erstellt am: 10. November 2026
Datum dieses Beitrags: Januar 1982

Chemie ist in Verruf geraten — die Opposition formiert sich (I)

n BARBARA KÖSZEGI ■
HANSWERNER MACKWITZ

Die positiven Seiten des chemischen Fortschritts sind unbestritten. Dennoch ist die Verseuchung ganzer Landstriche und Ökosysteme bittere Realität: Seveso, Love Canal, Dünnsäureverklappung in der Nordsee, unkontrollierte Sondermülldeponien allenthalben — dies sind nur die ersten Rauchsignale eines brodelnden Vulkans. Mit Gesetzen und Verordnungen versucht der Staat, die schleichende Vergiftung in den Griff zu bekommen — mit oft zweifelhaftem Erfolg.

Gleichzeitig entsteht heute unter dem Deckmäntelchen „Umweltschutz“ eine gut florierende Ökotechnokratie, die nur allzuoft Maßnahmen propagiert, die lediglich den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Doch der Widerstand gegen solche Scheinlösungen wächst.

Allgegenwärtige Chemie

In den letzten Jahren hat der Glaube an die alleinseligmachenden Wirkungen der Chemie starke Einbußen erleiden müssen. Die einst so vielversprechenden Kinder der chemischen Retorten müssen sich zunehmender Kritik, Skepsis und Zorn von Bürgern erwehren.

60.000 Substanzen, in mehr als einer Million Zubereitungen durchdringen jeden Lebensbereich, sie begleiten den Menschen vom Mutterschoß bis ins Grab.

Ob wir nun malen, kleben, putzen, kochen, essen, waschen und verpacken, Pflanzen vor Insekten oder uns vor Infektionen schützen, chemische Heinzelmännchen erleichtern und entlasten uns das Leben. An Informationen über diese unbezweifelbaren Wohltaten der Chemie läßt es die einschlägige Industrie nicht mangeln; von möglichen negativen Auswirkungen dieses maßlosen Chemiekonsums erfährt man jedoch aus dieser Quelle üblicherweise nichts.

Alle synthetischen Stoffe landen früher oder später in der Umwelt, sei es auf direktem Weg oder über Abluft, Abfall und Abwasser — Entsorgung wird nach wie vor klein geschrieben.

Gegen viele dieser Gifte hat die Natur wirksame Waffen entwickelt, sie baut sie ab und macht sie unschädlich. Etliche jedoch, wie z.B. die chlorierten Kohlenwasserstoffe oder die Schwermetalle, vermachen wir der Zukunft als unseliges Erbe unserer sorglosen Bequemlichkeit. Sie stapeln sich in der belebten und unbelebten Umwelt, reichern sich über die Nahrungsketten an und tauchen bisweilen an Stellen auf, wo sie keiner vermutet hätte. In den Packeiszonen des Nordens wie im tiefsten Dschungel setzt sich der Gifthauch der Industriegesellschaft fest. Die Biozide sind von einer Allgegenwärtigkeit, die in anderen Kulturen nur göttlichem Geist zugebilligt wurde. Spätestens seit dem Erscheinen des *Global 2000*, dieses objektiven Expertenberichts an die amerikanische Regierung, der das baldige Ende der Zukunft ankündigt, ist klar geworden, daß ein Weiterfahren auf den schlingernden Geleisen des maßlosen Wachstums, dem Leben auf diesem Planeten in absehbarer Zeit den Todesstoß versetzen könnte.

Umweltschutz ist längst nicht mehr nur ein Tummelplatz für harmlose Spinner — das beginnt nun doch allmählich auch den Fortschrittsbesessenen zu dämmern.

Weltweit hat in den letzten Jahren ein nie gesehener Forschungsboom eingesetzt, überall werden Schadstoffe getestet, gemessen und bewertet. Immer mehr Substanzen erweisen sich als krebserregend, mißbildend und erbgutschädigend. Beweise und Gegenbeweise werden angetreten, Gutachter und Schlechtachter liefern sich verbissene Schlachten … nur, echte Problemlösungen lassen auf sich warten.

Gesetze gegen Gift

Für beinahe alle Lebensbereiche gibt es Vorschriften, die das reibungslose Zusammenleben reglementieren sollen. Nur die Umwelt hat keinen gesetzlich zugesicherten Anwalt — sie darf nach Belieben mißbraucht werden.

Spät aber doch begriffen nun die staatlichen Behörden, daß auch hier Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, innerhalb derer gewirtschaftet werden darf.

So entstanden, auch in Österreich, im

Laufe der letzten Jahre eine Reihe von Gesetzen, die in größeren oder kleineren Teilbereichen versuchen, die Schadstoffe in der Umwelt in den Griff zu bekommen. Ihr Erfolg ist nicht gerade überwältigend. Das Dampfkesselemissionsschutzgesetz, das im März 1981 in Kraft trat, bedarf für seine Funktionsfähigkeit noch einer Reihe von begleitenden Verordnungen, die dem Gesetz die Zähne ziehen. So existiert ein Verordnungsentwurf, der den Schwefeldioxydausstoß der Kraftwerkschlote begrenzen soll: Leider liegen die vorgeschlagenen Grenzwerte um ein Mehrfaches über der von der BRD-Umweltministerkonferenz der Länder empfohlenen Marge.

Ursache für diese meist verwässerten Regelungen sind Drohungen des Arbeitsplatzentzugs einerseits und Investitionsverweigerung von Seiten der betroffenen Industrien andererseits.

Dieser politische Streß scheint jeden Gesetzesentwurf unweigerlich zu begleiten. Auch das bundesrepublikanische Chemikaliengesetz fiel diesem Hickhack zum Opfer. Engagierte Umweltschützer und kritische Wissenschaftler in- und außerhalb der Universitäten hatten gehofft, mit diesem Gesetz ein wirksames Werkzeug zur Umweltreparatur schaffen zu können.

Chemikalien sollten erst dann auf die Konsumenten losgelassen werden, wenn ihre potentielle Gefährlichkeit für Mensch, Tier und Umwelt eindeutig widerlegt war. Auch die schon in Umlauf befindlichen Stoffe sollen ihre Harmlosigkeit nachträglich unter Beweis stellen müssen, das hofften zumindest die besorgten Ökologen. Um allfälligen Datenmanipulationen zuungunsten der Umwelt vorzubeugen, sollten unabhängige Sachverständige den Prüfungslaboratorien mit Rat und Tat zur Seite stehen, und schließlich sollte gewährleistet werden, daß im Falle einer drohenden Gefahr rasch und unbürokratisch Verbote, Beschränkungen oder Kennzeichnungen durchgesetzt werden können. Von diesen Vorschlägen ist im verabschiedeten Gesetz so gut wie nichts übriggeblieben. Die chemische Industrie hat einmal mehr glänzend bewiesen, wie sehr sie es versteht, ihren Einfluß geltend zu machen, wenn es darum geht, der ungehemmten Chemisierung einen Riegel vorzuschieben.

Das Entgegenkommen der Behörden schien in diesem Fall keine Grenzen zu kennen. Diesem Gesetz zufolge können Chemikalien erst giftig sein, wenn mehr als eine Tonne davon jedes Jahr auf den Markt kommt, die möglichen Langzeitschäden werden fast völlig vernachlässigt. Alte Stoffe sind per definitionem harmlos und der Tatsache, daß Chemiegifte auch in der Ökosphäre ihr Unwesen zu treiben pflegen, wird kaum Rechnung getragen. Höflicherweise überläßt das Gesetz dem Hersteller die Durchführung der notwendigen Prüfungen, eine Hilfe durch unabhängige Sachverständige befand man für überflüssig. Die Ergebnisse dieser industrieeigenen Recherchen müssen der zuständigen Behörde lediglich gemeldet werden. Ein renommierter Chemiegewerkschafter meint zu dieser Vorgangsweise: „Lächerlich! Das ist so, als ob Sie die Mafia darum ersuchen, eine Selbstkontrolle ihrer eigenen Untaten durchzuführen.“ Der Mißerfolg dieses Gesetzes scheint vorprogrammiert.

Auch Österreich wagt sich zur Zeit auf diese gefährliche Gratwanderung — ein Umweltchemikaliengesetz soll demnächst das Licht der Welt erblicken. Der Machtkampf tobt schon hinter den Kulissen — die Schreckgespenster Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsunfähigkeit werden wortreich heraufbeschworen — es ist das alte Lied: Die Ökologie ächzt unter dem Primat der Ökonomie.

Müll — das bekannte Unwesen

Dabei hat gerade Österreich auf dem Gebiet des Umweltschutzes dringenden Nachholbedarf. Als einziges Land Europas verfügt es nach wie vor über kein Abfallbeseitigungsgesetz — was den Gedanken nahelegt, daß unser Touristenparadies nebenbei auch als Müllhalde für unliebsame Chemierückstände aus dem Ausland mißbraucht werden könnte. Ganz zu schweigen von den tausenden kleinen Gemeindedeponien, auf denen Haus- und Sondermüll in wildem Durcheinander vor sich hin schmoren, die Landschaft verschandeln und — da meist keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen wurden — eine ernstzunehmende Gefahr für das Grundwasser darstellen. In Wien hat man um 3,3 Milliarden Schilling eine Riesenkläranlage gebaut, die die städtische Abwasserflut entgiften sollte. Seit der Eröffnung stinkt sie bestialisch. Kläranlagen, die stinken, funktionieren nicht, die biologische Reinigungskraft der Bakterien im Belebtschlamm ist offensichtlich überfordert.

Die Konsequenz: Früher floß die Wiener Kloake aus zahlreichen kleinen Zuleitungen ungeklärt in den Donaukanal, heute ergießen sich die Faulstoffe dank moderner Abwassertechnologie hochkonzentriert in der Vorfluter. Dazu kommt, daß der Klärschlamm eigentlich in den nahegelegenenen „Entsorgungsbetrieben Simmering“ (EBS) verbrannt werden sollte, denn er enthält unter anderem giftige Schwermetalle. Die EBS ist angeblich eine ultramoderne Sondermüllentsorgung nach dem letzten Stand der Technik. Mehrmals aber haben Zeugen beobachtet, wie aus der EBS mit Klärschlamm beladene LKW’s auf Wiener Gemeindemülldeponien abgekippt wurden.

Wer mit einigem Interesse die Chemiemüllskandale der jüngsten Vergangenheit verfolgt hat (Love Canal im Staat New York, Uniser in Holland, Derbyshire in England usw.), ist entsetzt über die rücksichtslose Leichtfertigkeit, mit der auf dem Gelände der EBS zahllose Giftfässer und undichte Behälter unbekannter Herkunft gestapelt sind, die ihren dubiosen Inhalt in der Umgebung versickern lassen.

Der Abfallberg ist wie der Eisberg: Die größten Gefahren lauern unterhalb der Wasserlinie. Wäre nicht bekannt, daß wir in Kakanien beheimatet sind (Musil), dann bliebe noch ein Quentchen Hoffnung, daß diese skandalöse Umweltschlamperei schleunigst von den Behörden aufgegriffen und entschärft würde. Hier aber läßt man den Dingen achselzuckend ihren unseligen Lauf und ignoriert die Tatsache, daß anderswo Chemieabfälle ins Grund- und Trinkwasser gelangt sind, und bei den Anwohnern zu schwersten Gesundheitsschädigungen, ja sogar zu gehäuften Mißbildungen bei Kindern geführt haben.

Für kritische Chemiker steht fest, daß hier eine gigantische Zeitbombe tickt. Die umweltgerechte Entsorgung von chemischem Sondermüll ist zu brisant, als daß sie einem schlampig geführten Betrieb, der keinerlei Kontrollen durch unabhängige Sachverständige unterliegt, und der nach rein gewinnorientierten Prinzipien arbeitet, überlassen bleiben darf.

Recycling auf Wiener Art

Den Stein der Weisen glaubte die Rinter AG gefunden zu haben. Im Zirkuszelt am Rautenweg in Wien sollte Hausmüll fein säuberlich sortiert und zu Baustoffen und Papierfasern verarbeitet werden. Nach den Worten des Bürgermeisters Leopold Gratz ist dies „eines der modernsten Müllkonzepte der Welt“.

Abgesehen davon, daß dieser „Verdauungsapparat“ viel zu groß dimensioniert ist — die Gemeinde Wien wäre selbst unter größten Anstrengungen nicht in der Lage, alljährlich die erforderlichen 300.000 Tonnen Hausmüll herbeizuschaffen — hat er auch noch Durchfall. Die Anlage arbeitet — so konnte man jüngst der Presse entnehmen — nach dem Prinzip „vorne rein, hinten raus“. Kurzum, es ist ein mit 126.000 Schilling Steuergeldern p.a. subventioniertes Durchgangslager für häuslichen Unrat. Der größte Teil des Rintermülls landet — wie könnte es anders sein — auf gemeindeeigenen Deponien.

Die Regenbogenkämpfer

Greenpeace, eine weltweite Organisation engagierter Umweltschützer, hat schon lange begriffen, daß direkte Aktionen und wirksame Öffentlichkeitsarbeit weitaus rascher zum Ziel führen. Sie beschränken sich vorläufig auf zwei Gebiete: Der Schutz bedrohter Arten und das Sondermüllproblem.

Ihre gewaltfreien, jedoch mit größtem persönlichen Einsatz durchgeführten Aktionen sind häufig von Erfolg gekrönt. Sie schwimmen zum Beispiel in kleinen Gummischlauchbooten vor die Abkipprampen giftmüllbeladener Schiffe und fordern den Kapitän zur Umkehr auf. Will dieser nicht das Leben der Umweltschützer aufs Spiel setzen, muß er das Versenken seiner tödlichen Fracht abbrechen. Durch so eine friedliche Blockade erreichte Greenpeace, daß die Dünnsäureverklappung der BAYER AG ab 1982 endgültig eingestellt wird. Bisher wurden jährlich 250.000 Tonnen dieses hochgiftigen Chemiemülls in Schiffe verladen und dann in die Nordsee verklappt — mit verheerenden Folgen für Tiere und Pflanzen.

Vielleicht könnten auch in Österreich solche Aktionen den schwerfälligen Beamtenapparat in Bewegung setzen.

Der zweite Teil dieser umfassenden Standortbestimmung folgt im nächsten WURZELWERK.

Hanswerner Mackwitz: Geboren 1945 in Minden, gestorben 2010 in Wien. Chemiker und Umweltaktivist, veröffentlichte Bücher, Reportagen und Fachartikel und produzierte Fernsehdokumentationen sowie Theaterstücke. Er war in den 1980er Jahren Berater der Grünen im deutschen Bundestag und politischer Berater der Grünen im Parlament in Österreich.

Lizenz dieses Beitrags
CC by
Creative Commons - Namensnennung